



FLORIAN STREIBL MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer
FREIE WÄHLER Landtagsfraktion



Pressemitteilung vom 28.01.2016

FREIE WÄHLER gegen Altersdiskriminierung

. Für ein starkes und gesundes Bayern. Florian Streibl.

Florian Streibl MdL – Senioren im Oberland nicht diskriminieren – Fahrtests für ältere Menschen falscher Weg – Mobilität gerade im ländlichen Bereich zwingend notwendig

Oberammergau / München. Florian Streibl, MdL und Parlamentarischer Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag, setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass die aktuell diskutierten Fahrtests oder gar der Entzug der Fahrerlaubnis für ältere Menschen nicht Wirklichkeit werden. Aus diesem Grund hat er einen Dringlichkeitsantrag in den Bayerischen Landtag eingebracht, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sich grundsätzlich gegen jede Form der Benachteiligung älterer Menschen im Straßenverkehrsrecht zu wenden, insbesondere gegen zusätzliche Auflagen wie verbindliche Fahrtests für eine Fahrerlaubnis für Pkw und pauschale Fahrverbote und Führerscheinentzüge ab einem bestimmten Alter. Zudem solle die Staatsregierung dem Landtag über die Umsetzung der EG-Richtlinie 2006/126/EG berichten und sich auf Bundes- und Europaebene aktiv gegen Einschränkungen der individuellen Mobilität im Straßenverkehr für Senioren einsetzen.

Streibl begründet das Anliegen damit, dass derzeit verschiedene Überlegungen (z.B. Verkehrsgerichtstag in Goslar) laufen, ältere Fahrer pauschal zu benachteiligen, zum Beispiel mit einem Seniorenaufschlag bei der Kfz-Versicherung oder Pflicht-Testfahrten für alle älteren Personen.

Die Statistik zeige eindeutig, dass ältere Menschen kein erhöhtes Unfallrisiko darstellen. Senioren stellen derzeit einen Bevölkerungsanteil von 21 Prozent. Sie sind aber nur zu 8 Prozent an Unfällen beteiligt bzw. zu 13 Prozent Hauptverursacher an Unfällen. Dagegen nehmen die jungen Erwachsenen nur 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ein, sind aber laut ADAC Statistik zu 25 Prozent an Unfällen beteiligt.

Diese für Senioren positive Bilanz kommt u.a. deshalb zustande, weil diese ihre körperlichen Nachteile mit Erfahrung, Besonnenheit und Meidung von kritischen Situationen und Verhältnissen mehr als ausgleichen. Pauschalen Forderungen nach Auflagen und Einschränkungen für Senioren im Verkehr ist deshalb entgegenzutreten. Wenn überhaupt, dann sollte das Prinzip der Freiwilligkeit Vorrang haben.

Die EG-Richtlinie 2006/126/EG gibt den Mitgliedstaaten außerdem die Möglichkeit, die Fahrerlaubnis aufgrund körperlicher und geistiger Tauglichkeit einzuschränken oder von Prüfungen diesbezüglicher Mindestanforderungen abhängig zu machen. Dies sollte für Senioren keinesfalls als „Zwangsverordnung“ eingeführt werden, sondern höchstens auf freiwilliger Basis.

Streibl betont abschließend: „Hier machen sich wieder einmal Großstadtpolitiker am grünen Tisch Gedanken, ohne die Lebenswirklichkeit vieler älterer Menschen im Blick zu haben. Gerade hier im Oberland sind die Menschen auf das Auto angewiesen, da das Netz öffentlicher Verkehrsmittel zu dünn ist. Senioren die Mobilität zu nehmen schränkt deren Lebensqualität massiv ein. Das gilt es zu verhindern!“

Pressekontakt:

Abgeordnetenbüro Florian Streibl MdL
Othmar-Weis-Straße 5 – 82487 Oberammergau
info@florian-streibl.de Tel. 08822 / 935282

www.florian-streibl.de
Fax. 08822/935287